

Viele Tankstellen sind unrentabel

HANDEL sda. In der Schweiz gibt es zu viele Tankstellen. Der Markt sei übersättigt, sagte Constantin Cronenberg, Chef von BP Schweiz. «Es muss mit Schliessungen gerechnet werden.» Vor allem kleinere Tankstellen seien gefährdet. «Automatisch betriebene Tankstellen in der Peripherie haben einen schweren Stand», sagte Cronenberg in der Westschweizer Zeitung «Le Temps» vom Samstag. Davon gebe es in der Schweiz viele – im Vergleich zum Ausland.

Tankstellenshops boomen

Auch BP wird von den Schliessungen nicht verschont werden. «Wenn 20 bis 30 Prozent der Tankstellen verschwinden, ist die Chance gross, dass auch einzelne der 400 BP-Standorte betroffen sind», sagte der 42-jährige Deutsche, der BP Schweiz seit vergangem Sommer führt.

Der Wandel ist bereits im Gang. So wurden im Jahr 2011 bereits 31 Tankstellen geschlossen. Damals gab es noch rund 3600 Tankstellen in der Schweiz. Die grösste Anbieterin war Avia – mit 672 Tankstellen – vor Agrol, BP, Shell und Tamoil.

Ein gegensätzlicher Trend ist bei den Tankstellenshops zu beobachten. 2011 konnte man bereits bei jeder dritten Tankstelle einkaufen. Die Energiekonzerne streiten sich denn auch um gute Standorte. «Die Verkehrsströme ändern mit der Entstehung von neuen Quartieren und Einkaufszentren», sagte Cronenberg.

Kompromiss über Reformvorhaben

FRANKREICH sda. Französische Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich nach zähen Verhandlungen auf eine Reform des Arbeitsmarkts verständigt. Wie die Arbeitgebervertreter am Freitagabend mitteilen, sollen die starren Arbeitsmarktregeln in diesem Jahr gelockert werden.

Drei der fünf an den Gesprächen beteiligten Gewerkschaften wollten den Kompromiss unterzeichnen. Eine formelle Einigung über die Lockerung der Arbeitnehmerrechte soll bereits in der nächsten Woche unter Dach und Fach gebracht werden. Seit Herbst vergangenen Jahres liefen die Gespräche.

Mit der Reform will der französische Präsident François Hollande die Arbeitslosigkeit im Land bekämpfen. In Frankreich steigt die Arbeitslosenquote seit Monaten. Viele Unternehmen des Landes fallen zudem in internationalen Wettbewerben immer weiter zurück. Sie machen dafür unter anderem zu hohe Arbeitskosten verantwortlich.

«Goldener Euro» als Lösung?

VORTRAG Professor Wilhelm Hankel lobt die Schweiz als Modell in der Währungspolitik. Seine Idee zur Rettung des Euro steht auf goldenem Boden. In Luzern kam das gut an.

KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

In Deutschland wird Wilhelm Hankel (84) von öffentlich-rechtlichen Fernsehstationen auch schon mal wieder ausgeladen – nachdem er im Vorgespräch seine kritischen Voten zum Euro, seiner Meinung nach ein gigantisches Fehlkonstrukt, kundgetan hat. Auch Politikern meiden Professor Wilhelm Hankel, seit er 1998 vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die Einführung der Einheitswährung geklagt hat.

Weitaus beliebter ist der Ökonom, der unter anderem bei der Umsetzung des Marshall-Plans mitwirkte und im Bundesministerium für Wirtschaft arbeitete, beim Volk. Zwei- bis dreimal pro Monat hält er bei vollen Sälen öffentliche Vorträge zur Eurokrise. Seine Homepage wird x-fach angeklickt.

Restlos ausgebucht

Sorgen um seine Popularität brauchte sich der Eurokritiker der ersten Stunde auch gestern Abend in Luzern keine zu machen. Sein Vortrag im Hotel Montana zum Thema «Der Euro am Abgrund» war restlos ausgebucht. 250 Personen drängten in den Saal. Der Andrang war



Der deutsche Ökonom Wilhelm Hankel gilt als Eurokritiker der ersten Stunde: Bei seinem gestrigen Vortrag in Luzern erntete er für seine Thesen immer wieder spontanen Applaus.

Bild Manuela Jans

den Wechselkurse, eine Folge der Einheitswährung Euro, leide das Land nicht.

Euro als «europäisches Metermass»

An eine Zukunft des Euro in der heutigen Form glaubt Hankel nicht. «Wahnsinn kann man nur eine gewisse Zeit lang betreiben», sagte vor wenigen Tagen in einem Interview mit der «Neuen Luzerner Zeitung» – und kündigte gleichsam ein Rezept zur Genesung der kranken Eurozone an. Was für einen Ausweg aus der Euro-Sackgasse schlägt Hankel vor?

Gemäss dem Wirtschaftsprofessor, der immer wieder spontan Applaus erntete, müsste man den Euro in Kombination mit nationalen Währungen weiterführen. Das heisst: Die einzelnen Staaten kehren zurück zu ihrer nationalen Währung zurück, Deutschland zur D-Mark oder Griechenland zur Drachme, doch der Euro bleibt als Parallelwährung bestehen – als «monetäres Metermass», das man nicht abwerten kann. Wie funktioniert dieses Prinzip? Hankel orientiert sich am Goldstandard (siehe Box). Es bestand zwar eine Goldparität, doch den Zahlungsverkehr wickelte man mit dem Papiergeld der Landeswährung ab. Das Gold deckte das Papiergeld. Wenn ein Staat also unvernünftig viel Geld druckte, musste er damit rechnen, «in Gold antreten zu müssen».

Was bedeutet dies für den Euro? Betreibt ein Land eine schlechte Wirtschaftspolitik, verliert nicht mehr die Einheitswährung Euro an Wert, sondern das Land wertet seine Währung im Ver-

gleich zum Euro ab. Damit würde sich automatisch die Geldmenge – derzeit ist sie wegen der zahlreichen Rettungsmilliarden für Pleitestaaten aufgebläht – verringern. «Das wäre ein Automatismus zur Inflationsvermeidung», sagt Hankel und plädiert für ein Europa auf der Basis eines «goldenen Euro».

Mit diesem Modell, so Hankel, behielte die Europäische Zentralbank (EZB) zwar das Monopol auf die Euroemission. «Mehr Euro hiesse aber automatisch weniger nationales Geld.» Man hätte also ein Wechselspiel zwischen zwei Währungen. «Das wäre ganz sicher im Sinne der Sparer, denn sie könnten ihre Ersparnisse in Euro anlegen. Auch die Renten wären sicherer», ist Hankel überzeugt. Zwei Akteure sieht er als grosse Gegner dieses Vorschlags: die EZB, die den Status als «allmächtige Gelderzeugerin» verlieren würde und von nationalen Währungen konkurriert würde, und die Finanzmärkte, deren Spielraum eingeschränkt würde.

Island als Vorbild

Wie würde die Übergangsphase bis zur Einführung des neuen Modells abgewickelt? Ohne Konkurse funktioniere das nicht, sagt Hankel – und verweist auf Island. Es habe seine Banken in Konkurs gehen lassen, Auslandgläubiger hätten in die Röhre geschaut, und der Staat habe die Privatpersonen entschädigt. Dann habe das Land seine Währung um 90 Prozent abgewertet. «Heute hat es ein hohes Wirtschaftswachstum.»

Der Goldstandard

WÄHRUNGEN red. Wenn der Wert einer Währung, beispielsweise einer Mark oder eines britischen Pfunds auf einer bestimmten Menge Gold basiert, spricht man vom Goldstandard. Praktisch funktioniert das so, dass die ausgegebenen Banknoten entweder mit einer bestimmten Menge Gold gedeckt sein müssen oder aber Goldmünzen ausgegeben werden. Das hilft die Inflation einzudämmen und führte in der Vergangenheit zu wirtschaftlicher Stabilität und zur Verhinderung von Blasen. Dank des Goldstandards wurde Grossbritannien im 19. Jahrhundert zur führenden Industriemacht. Um 1900 hatten fast alle grossen Länder den Goldstandard eingeführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es nur noch in den USA einen Goldstandard. 35 Dollar entsprachen einer Unze Gold. Die nötigen Goldmengen wurden bei der US-Notenbank hinterlegt. Diese Goldbindung bildete bis Anfang der 1970er-Jahre die Grundlage für das Währungssystem von Bretton Woods. Dieses führte in den westlichen Industrienationen zu moderaten Inflationsraten. Das änderte sich 1973 mit der völligen Freigabe der Wechselkurse.

Die Mieten dürften langfristig deutlich steigen



Viele Schweizer Haushalte haben in den vergangenen Tagen Post von ihren Banken erhalten. Der Blick fällt auf irgendwelche Monats-, Quartals- und Jahresend-Auszüge mit minimalen Zinsgutschriften, die kaum mehr die Spesen zu decken vermögen. Vielleicht liegt aber gerade darin eine Kernbotschaft im neuen Jahr.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist ja Mieterin und Mieter. Sie spüren den Druck des geringen Angebots. Selbst wer eine Berufslehre erfolgreich abgeschlossen hat, kann mit dem entsprechenden Lohn kaum eine Wohnung leisten. Man bleibt zu Hause. Das ist zwar ziemlich nervenaufreibend, sollte dafür aber gleich als Ausgangspunkt einer cleveren Finanzierungsstrategie genutzt werden.

Trotz rekordtiefen Zinsen sind die Mietpreise angestiegen, und kaum jemand macht sich Gedanken darüber,

wie sich das auswirkt, wenn das Ende der Tiefstzinsphase eingeläutet wird. Wer heute für eine Wohnung 2000 Franken monatlich ausgibt, wird sich diese bei einer Erhöhung des Referenzzinses auf 4,5 Prozent wohl kaum mehr leisten können. Dort liegt der historische Durchschnitt, und nicht beim derzeitigen Niveau von 2,25 Prozent.

AUSSICHTEN

Einen interessanten Ausweg gibt es. In den ersten Berufsjahren, häufig ohne familiäre Lasten, kann das Zuhause bleiben und so viel Sparen wie möglich als Strategie festgelegt werden. Das erfordert enorme Disziplin, doch es lockt die persönliche Freiheit in Zukunft. Wer mit 30 Jahren eine Eigentumswohnung für 625 000 Franken erwirbt, sollte 125 000 Franken Eigenkapital mitbringen. Vielleicht wird einem ein Teil davon von den Eltern oder Grosseltern noch geschenkt, ge-

wissermassen als letzte finanzielle Unterstützung.

Die Banken tun gut daran, die «nachhaltige» Tragbarkeit individuell zu berechnen, denn so können sie jüngeren Erwerbern mit einem noch geringeren Einkommen, aber einer beeindruckenden Disziplin den Schritt in ein freierliches Leben ermöglichen.

Heute kann man eine 500 000-Franken-Hypothek zu 2 Prozent über 15 Jahre abschliessen – das sind zu Beginn monatlich 833 Franken Belastung, später weniger. In diesen 15 Jahren wären monatlich zusätzlich nochmals 833 Franken zur Amortisation der Hypothek aufzuwenden. Damit verbliebe schliesslich noch eine Restschuld von 350 000 Franken. Selbst bei einem Hypothekenzinsniveau von 4,5 Prozent müsste dann nur noch ein monatlicher Zins von rund 1300 Franken aufgeworfen werden.

Ist das nicht eine Perspektive, mit der man sich schon heute auseinander-

setzen sollte? Denn die Zukunft lässt sich später mit einer Hypothekenschuld von 350 000 Franken deutlich besser bewältigen als mit hohen Mieten. Das gilt insbesondere bei höheren Zinsverhältnissen, und mit diesen ist gewiss zu rechnen!

Es wird bald Frühjahr, und die Immobilienmessen und Hausbesichtigungstermine werden wieder zunehmen. Beginnen Sie aber schon jetzt mit den Überlegungen, ob sie heute wirklich in eine Wohnung einziehen wollen, die in 15 Jahren vermutlich 3000 Franken Monatsmiete oder mehr kosten wird. Oder wie wäre es, sich eine Eigentumswohnung zu erwerben? Oder Ihre Kinder und Enkel darin zu unterstützen?

MAURICE PEDERNANA

HINWEIS

Maurice Pedernana (48) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).